

An den
Bezirksausschuss 16 Ramersdorf-Perlach
der Landeshauptstadt München
Friedenstraße 40
81660 München

München, 21. November 2023

Verkehrswende bezahlbar gestalten und Flächen in Neuperlach Süd erhalten

Der Bezirksausschuss 16 möge beschließen:

Der Stadtrat wird aufgefordert, für den U-Bahnbetriebshof Neuperlach Süd wie folgt zu beschließen:

- 1.) die aktuelle Planungsphase (Machbarkeitsstudie zur räumlichen Integration der Verlängerung der U5, des zweigleisigen Ausbaus der S7 und des U-Bahnbetriebshofs sowie Überarbeitung der Lärmschutzgutachten) wird abgeschlossen;
- 2.) auf das Planfeststellungsverfahren wird verzichtet, die Änderung des Flächennutzungsplans wird ausgesetzt und für das gesamte Projekt wird ein Moratorium bis 2045 verhängt;
- 3.) in die Verhandlungen und Machbarkeitsstudien für die Verlängerung der U5 wird die Option eines U-Bahnbetriebshofs am künftigen Endpunkt der Linie aufgenommen;
- 4.) die Höhenfreimachung (und mögliche Zusammenlegung) der Bahnübergänge Rotkäppchenstraße und Arnold-Sommerfeld-Straße samt Anschluss an die neugestaltete Carl-Wery-Straße wird in einem eigenen Trassierungsbeschluss behandelt, der auch die vollständige erstmalige Herstellung der Arnold-Sommerfeld-Straße beinhaltet.

Begründung:

Aktuelle Medienberichte erläutern eindrucksvoll das notwendige Sparprogramm der MVG und die Verzögerung der sog. Verkehrswende. Gespart werden muss in allen Bereichen der MVG: Die Rede ist von Einsparungen im Angebot, bei Anschaffungen und natürlich auch bei den Großprojekten. Der U-Bahnbetriebshof ist mit Kosten von deutlich über 500 Mio. Euro dabei einer der größten Brocken, wobei die endgültige Kostenentwicklung angesichts der Komplexität des Vorhabens noch gar nicht absehbar ist.

Der Bezirksausschuss Ramersdorf-Perlach hat die verkehrliche Notwendigkeit des U-Bahnbetriebshofs unter dem Paradigma und der Annahme des Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs in München nie bestritten und sich seiner gesamtstädtischen Verantwortung gerade auch in der Bürgerkommunikation gestellt. Wenn nun allerdings der Ausbau des ÖPNV generell in Frage gestellt ist, verändert dies auch mindestens die zeitliche Notwendigkeit des U-Bahnbetriebshofs. Oder kurz gesagt: **Wenn keine zusätzlichen U-Bahnzüge angeschafft werden und kein Fahr- und Wartungspersonal da ist, braucht es auch keinen U-Bahnbetriebshof.**

Der Bezirksausschuss Ramersdorf-Perlach hat von Beginn an die Standortfrage kritisch gestellt und fortwährend begleitet. Der Standort Neuperlach Süd wurde dabei immer als alternativlos dargestellt, da der zweigleisige Ausbau der U-Bahn in den Landkreis München stets nachrangig geplant wurde. Dieses zeitliche Argument fällt nun ebenfalls weg; die in erheblichem Maße co-finanzierte Maßnahme (Bund, Land) scheint deutlich erreichbarer als ein (allein städtisch finanzierter) U-Bahnbetriebshof.

Klar ist, dass die Prioritäten künftig auf dem Erhalt des heutigen Leistungsangebots oder geringfügigen Verbesserungen (z.B. mittels Bussen) liegen müssen. Hier wäre es nicht vermittelbar, Takte auszudünnen oder Verbindungen zu kapfen, parallel aber einen top-modernen U-Bahnbetriebshof zu bauen.

Der Abschluss der aktuellen Planungsphase ist wichtig und richtig, weil sie neue Erkenntnisse bringen wird für den Ausbau der U-/S-Bahn. Eine Fortsetzung des FNP-Änderungsverfahrens oder die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens nach AEG ohne Aussicht auf Finanzierbarkeit des Projekts würden jedoch Fakten schaffen, die sämtliche Alternativüberlegungen für die Grundstücke blockieren. **Deshalb müssen jetzt die Planungsressourcen auf einen U-Bahnbetriebshof entlang oder am Ende der ausgebauten Strecke im Landkreis gelenkt werden. Damit wird die Komplexität der Ausbauplanungen in Neuperlach reduziert und es werden wertvolle städtische Flächen geschont.**

Mit Blick auf den bedauernswerten Zustand der Straßeninfrastruktur vor Ort gilt es zudem, die notwendigen Maßnahmen in eigener städtischer Zuständigkeit zu ergreifen und die Straßen in einen adäquaten Zustand zu versetzen. Hinweise des Bezirksausschusses dazu gibt es genug. **Hier sollten lieber Gehwege als Luftschlösser gebaut werden.**

Für die Fraktion der CSU

gez. Simon Soukup
Fraktionssprecher

Initiative:

Thomas Kauer